

Widerstand gegen Griff in den Geldbeutel

Freiburger klagen wegen Müllgebühren gegen die Stadt - Verhandlung am 20. Juni

„Ihre Abfallgebühren werden ausschließlich zur Deckung der Kosten verwendet, die für das Einsammeln, Sortieren, Verwerten und Entsorgen der Freiburger Abfälle entstehen“ erklärte Bürgermeisterin Gerda Stuchlik, als sie die Gebührenordnung für den Zeitraum von 2005-2008 vorstellte. Eine Erhöhung um satte 57% rechtfertigte sie hauptsächlich mit der neuen Gesetzeslage, die die Verbrennung des Restmülls in der TREA-Breisgau vorschreibt. Freiburger Bürger zahlen derzeit 193€/t für die Entsorgung ihres Restmülls. Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wird bei ähnlichem Aufwand für nur 141€/t entsorgt.

Nicht alle Freiburger wollten diesen Griff in den Geldbeutel hinnehmen (*der Stadtkurier berichtete*). Die Rechtsanwälte Siegfried Kaspar und Prof. Dr. Helmut Gropengießer vertreten mehr als ein Dutzend Mandanten, die gegen ihren Abfallgebührenbescheid Widerspruch eingelegt haben. Ihre Auffassung: Die Gebühren sind deutlich höher als kostendeckend berechnet. Stutzig wurden sie vor allem, als nur zwei Jahre nach der Gründung der Freiburger Abfallwirtschaft und Stadtreinigung GmbH (ASF) und Abschluss sehr komfortabler Verträge mit 20jähriger Laufzeit große Anteile an private Unternehmen verkauft wurden. Seit Februar dieses Jahres hält der größte deutsche Abfallentsorger Remondis 47% an der ASF.

Allein im Jahr 2006 hat die ASF Gewinne in Höhe von 3.878.000 € ausgewiesen. Nach Abzug der ebenfalls zum Teil der Stadt zufließenden Steuern und des Gewinnanteils des privaten Anteiligners hat die Stadt Freiburg immer noch mehr als 1.000.000 € an der Abfallentsorgung „verdient“. Die Rechtsanwälte sind der festen Überzeugung, dass diese Gewinne auch aus Geschäftsbereichen stammen, die nur kostendeckend arbeiten dürfen, und dass die Summe überdies nur ein Bruchteil der tatsächlichen Gewinne sei. Dazu lieferten sie so stichhaltige Argumente, dass sich das Verwaltungsgericht Freiburg schon seit Monaten intensiv mit der Sache beschäftigt.

Am 20.Juni wird in öffentlicher Sitzung darüber verhandelt. „Unsere Chancen stehen gut“, meint Gropengießer, „allerdings kann die Stadt zur Vermeidung eines negativen Gerichtsurteils einlenken und unseren Mandanten die vollen Gebühren zurückerstatten.“ Das Gericht könnte dies nach all der Arbeit aber als Brüskierung empfinden: Wenn die Aktendeckel sofort geschlossen werden, bleiben die entscheidenden Fragen offen. Die nächste Gebührenerhöhung um 8% ab 2009 ist bereits angekündigt.

Tanja Gaudian